



Militärbader Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutlingen Zweigstelle Wildbad. - Bankkonto: Enztalbank Wildbad & Co., Wildbad; Bezugsnehmer: Besondere Bank Wildbad. - Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. - Restbetrag 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Nachdruckverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. - Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. - In Kontostellen oder wenn gerichtliche Vorentscheidung notwendig wird, fällt jede Nachlieferung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96. Telefon 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Verbot der SA. und SS.

Berlin, 13. April. Verschiedene Länderregierungen, u. a. Preußen, Bayern, Baden und Hessen, haben den Reichsinnenminister Gröner ersucht, gegen die SA. und SS. der Nationalsozialistischen Partei scharf vorzugehen und die Auflösung dieser Verbände im ganzen Reich zu verfügen. Reichsminister Gröner hat Veranlassung genommen, mit den in Frage kommenden Stellen der Reichsregierung den Standpunkt der Reichsregierung festzulegen, und er hat darauf die Innenminister der Länder zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Berlin, 13. April. Reichspräsident von Hindenburg hat heute eine Notverordnung unterzeichnet, durch die die nationalsozialistischen SA. und SS.-Verbände allgemein verboten werden.

Die Reichsregierung verbreitet dazu amtlich: „Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen. Die Auflösung ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren. Die genannten Organisationen sind in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteicheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit feierlichen Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwangs stellen. Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staat bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutz der Gerechtigkeit Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staats, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Ächtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.“

Stahlhelm gegen SA.-Verbot

Berlin, 13. April. Der Stahlhelm-Pressedienst schreibt zu einem etwaigen Verbot der Wehrverbände u. a.: „Man spricht davon, daß das Reichsministerium des Innern, wenn überhaupt derartige Maßnahmen getroffen werden sollen, an ein Verbot sämtlicher Wehrverbände, also auch des Stahlhelms und des Reichsbanners, denkt. Es ist durchaus möglich, daß derartige Vorschläge gemacht sind, um das preussische Ministerium des Innern und die Regierungen der süddeutschen Länder von einem einseitigen Vorgehen gegen die SA. zurückzuhalten. Der Stahlhelm wendet sich aufs schärfste dagegen, daß in Deutschland überhaupt ein Wehrverband, seien es die SA. oder irgend ein anderer, durch die Regierungsstellen verboten wird. Wir brauchen in Deutschland heute dringender als jemals die Kräfte der außerparlamentarischen Bewegungen, zumal sich immer deutlicher erweist, daß das parlamentarische System zu jeder politischen Leistung unfähig ist. Falls der preussische Minister des Innern ohne Rücksicht auf das Reich selbständig gegen die SA. vorgehen sollte, wird er damit nur erreichen, daß die Welle des nationalen Widerstands in den nächsten Wochen immer höher steigt und am 24. April das heutige System mit absoluter Sicherheit hinwegpült.“

In der Köln. Ztg., die eine scharfe Gegnerin der nationalsozialistischen Bewegung ist, wird vor einem derartigen Schritt der Reichsregierung mit folgender Begründung gewarnt: Der Staat bietet seinen jugendlichen Arbeitlosen wohl ein geringes Stempelgeld, im übrigen überläßt er es aber dieser Jugend selbst, sich in ihrer hoffnungslosen Lage im Anschluß an Kameraden die hundertfältige gegenseitige Hilfsbereitschaft im täglichen Leben und den Glauben an eine bessere Zukunft zu suchen. Und dies haben mehrere Hunderttausende dieser Jugend in der Organisation der SA. gefunden. Man kann dies bequemer, aber es ist nun einmal eine Tatsache. Versteht

Tagespiegel

Der Reichskanzler hat seine für Mittwoch abend geplante Abreise nach Genf auf Donnerstag verschoben.

Der Reichskanzler und Reichsminister Gröner erstatteten dem Reichspräsidenten Bericht über das Vorgehen gegen die Nationalsozialistische Partei. Die Berliner Geschäftsstellen der NSDAP. sind polizeilich geschlossen und das Schriftmaterial beschlagnahmt und auf 25 Lastwagen zum Polizeipräsidium geschafft worden. Dasselbe Vorgehen wurde bereits am Mittwoch abend aus Frankfurt, Darmstadt, Hamburg (hier wurde das SA.-Haus beim Eintreffen der Polizei unter Tränengas geübt) gemeldet.

In Stuttgart wurden die SA. (Sturmabteilungen) und SS. (Schutzstaffeln) mit den Stäben aufgelöst und Durchsuchungen vorgenommen. Das beschlagnahmte Material wurde zum Polizeipräsidium geschafft.

Das Braune Haus in München ist am Mittwoch nachmittag von der Polizei besetzt worden.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, verwahrt sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Beschlagnahme, er habe das jetzt in Frage stehende Verbot der SA. und SS.-Verbände empfohlen; er halte vielmehr ein solches Verbot für ungerecht und rechtlich für unhaltbar.

Wie der „Westdeutsche Beobachter“ mitteilt, ist der bisherige Hitlerjugend-Führer Wilhelm Kayser (Köln) aus der Hitlerjugend, sowie aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausgeschlossen worden.

Der Staat dieser Tatsache und schiebt er seine Polizei aus, um die SA. auseinanderzutreiben, so werden sicherlich in einem unter dem schwersten wirtschaftlichen und vor allem feilschen Druck leidenden Volk noch künstlich Revolutionen geschaffen. Durch Polizeidruck und Zerschlagung äußerer Organisationsformen wird überdies ein im täglichen Zusammensein gefestigter Zusammenhalt noch nicht zerrissen. Der Staat hat bisher noch nichts getan, um die hochwichtige Frage der politischen Wehrverbände einer positiven Lösung zuzuführen. Es gibt aber eine Lösung, die sich aus dem inneren Aufbau und der Entwicklung der SA. ergibt. Verbote der SA. und SS. in einzelnen Ländern und im Reich wären durchaus verfehlt und gefährlich. Man weise vielmehr die Sturmabteilungen in die Schranken der privaten Organisationen unter Befestigung aller der Dinge, die die SA. zu einem Machtinstrument machen, das in irgendeiner Form den staatlichen Machtmitteln gegenüberreten könnte.

Von der Abrüstungs-Konferenz

Grandi fordert „qualitative“ Abrüstung

Genf, 13. April. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wandte sich heute Außenminister Grandi gegen die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staats entscheidend seien. Italien fordere fortschreitende Abschaffung der schweren Artillerie, angefangen mit den großen Kalibern; ferner Abschaffung der Tanks. Jeder Staat müsse vom Beginn des Inkrafttretens des Abrüstungsabkommens an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner U-Boote, Flugzeugträger und Landboote zerstören. Weiter verlangte Grandi fortschreitende Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Krieg dienen. Diese qualitative Abrüstung sei aber nur ein System, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Das Ziel der Abrüstungskonferenz sei die Herabsetzung und nicht die Begrenzung der Rüstungen.

Die Erfahrungen des Weltkriegs haben dazu geführt, im Artikel 5 des Versailler Vertrags die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ohne Unterschied für die unterlegenen Staaten anzuordnen. Diese Bestimmungen der Friedensverträge habe Italien im Auge, wenn es jetzt die allgemeine Ausdehnung des Verbots fordere. Wir haben mit unserem Vorschlag der Tatsache Rechnung getragen, daß praktisch schon ein Abkommen existiert, das genau die Waffen bezeichnet, die besonderen Angriffscharakter haben. Die französische Regierung habe selbst in ihrer Denkschrift vom 5. Februar die Rüstungsgattungen angegeben, die hierfür in Frage kommen. Bezüglich der von Frankreich immer wieder herangezogenen „industriellen Kriegsbereitschaft“ sei zu sagen, daß, wenn man einen Staat seiner militärischen Angriffsrüstungen beraube, so nehme man diesem Staat, selbst wenn er gegenüber seinen Nachbarn über ein größeres oder geringeres „Kriegs-Potential“ verfüge, die entscheidende Grundlage für einen Angriff. Grandi wies weiter den Einwand Tardieus zurück, daß das Verbot der Herstellung solcher Waffen durch „geheime Fabrikation leicht umgangen“ werden könne. Die Abschaffung der Angriffswaffen verstärke die Verteidigungsfähigkeit der Staat

ten und ihre Sicherheit, sie erschwere den Angriff, schaffe günstigere Bedingungen für die Wirksamkeit des Völkerverbündnisses und des Kelloggspaktes und stelle bessere Bedingungen her, um zu einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen auf den niedrigsten Stand zu kommen.

Die Rede des italienischen Vertreters wurde von der Versammlung mit außergewöhnlich starkem Beifall aufgenommen.

Frontwechsel der französischen Presse

Paris, 13. April. Die Pariser Presse, die bisher mit Tardieu in der Abrüstungsfrage in erster Linie Deutschland bekämpft hatte, hat mit dem Ministerpräsidenten Front gegen England und Amerika genommen, seit Gibson die amerikanischen Vorschläge auf der Abrüstungskonferenz entwickelt hat. Dabei wird Tardieu und seine „unwiderlegliche Logik“ überschwänglich gepriesen.

Tardieu der Störefried

London, 13. April. Die englische Presse ist mit der Erklärung Tardieus auf der Abrüstungskonferenz nicht zufrieden. „News Chronicle“ betont, Tardieu habe die an und für sich schon vorhandenen Schwierigkeiten der Konferenz durch seine Rede noch vergrößert. „Daily Express“ wies ihm vor, er habe der Konferenz Fesseln angelegt und jeden Fortschritt, wenn nicht unmöglich, so doch äußerst schwierig gemacht. „Morningpost“ sagt, die Rede Tardieus müsse als Warnung an alle Staaten, insbesondere Amerika, betrachtet werden, daß Frankreich, wenn seine Vorschläge nicht angenommen würden, von einem internationalen Plan zur zur Rüstungsverminderung nichts wissen wolle.

Neue Nachrichten

Das Zentrum bindet sich nicht

Berlin, 13. April. Die „Germania“ sagt zur Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags für die Wahl des Ministerpräsidenten, es könne sich selbstverständlich nicht darum handeln, etwa die bisherige Koalition oder das Kabinett Braun in alle Ewigkeit an der Macht zu erhalten. Die Zentrumspartei lege lediglich Wert darauf, daß jede preussische Regierung von einer Mehrheit des Parlaments getragen werde. Wenn die Zentrumspartei an der neuen Aenderung der Geschäftsordnung mitgewirkt habe, so bereite das keine Billigung für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines „geschäftsführenden Ministeriums“. Die Zentrumspartei stehe ohne jede Bindung im preussischen Wahlkampf und werde ohne jede politische Bindung im neugewählten Landtag erscheinen. Dort werde sie aus dem Ergebnis der Wahlen ihre Konsequenzen ziehen. Das Zentrum habe sich weder an die gegenwärtige Koalition gebunden, noch seine Entschlußfreiheit nach rechts irgendwie aufgegeben. Das preussische Zentrum rechne jetzt also offenbar auch stark mit der Möglichkeit, daß die Preußenwahlen eine völlige Veränderung der parteipolitischen Machtverhältnisse bringen können.

19 Landes-Wahlvorschläge in Preußen

Berlin, 13. April. Der preussische Landeswahlausschuß hat von insgesamt 20 eingereichten Landeswahlvorschlägen nur einen zurückgewiesen, weil er den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprach, nämlich der Vorschlag einer „Deutschen Steuerzahler-Schutzpartei“. 19 Landeswahlvorschläge wurden zugelassen, und zwar in folgender Reihenfolge: Sozialdemokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Zentrumspartei, Kommunistische Partei, Deutsche Volkspartei, Nationale Front Deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolk und Junge Rechte), Staatspartei, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Deutsch-Hannoversche Partei, Christlich-sozialer Volksdienst, Sozialistische Arbeiterpartei, dann ein Wahlvorschlag mit der Bezeichnung „Hochste Gehalt der Beamten 5000 Mark“, weiter ein Wahlvorschlag „Radikale Partei“ (Bewegung für geistliche Geburtenregelung und Wohlstand), Radikale Staatspartei, Nationale Minderheiten in Deutschland, Partei der Erwerbslosen „für Arbeit und Brot“, Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft (Idealistische Bewegung Deutschlands), Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Arbeitsbewegung), Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Marktgeschädigten und eine Menschheitspartei.

Severing gegen Richter

Berlin, 13. April. Nachdem in dem Rechtsstreit des Verlags des „Niederrheinischen Beobachters“ in Hannover gegen den Oberpräsidenten Roske die einstweilige Ver

fügung vom Landgericht in Hannover bestätigt worden ist, hat Innenminister Seevering Berufung beim Oberlandesgericht in Celle eingelegt und den Justizminister gebeten, „zu prüfen, ob sich Anlaß ergebe, gegen die betreffenden Richter in Hannover im Dienstweg einzuschreiten“. Der preussische Justizminister erklärt durch den amtlichen Pressedienst, ein Einschreiten im Dienstaufsichtsweg, soweit es mit Rücksicht auf die richterliche Unabhängigkeit überhaupt zulässig sei, komme nicht in Frage, solange das Verfahren noch schwebt. Die Berufungsverhandlung in Celle findet am 15. April statt.

Widerlegung einer Wahnseite

Berlin, 13. April. Die „Rote Fahne“ teilt mit: Die vom „Vorwärts“ und einigen bürgerlichen Blättern veröffentlichte Meldung über den Eintritt der meisten kommunistischen Funktionäre der Ortsgruppe Hankenburg im Harz in die Hitlerpartei ist erfunden.

Strafantrag Hitlers gegen Braun

München, 13. April. Adolf Hitler hat den Rechtsanwalt Dr. Frank II München beauftragt, gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten „landesverräterische Absichten“.

Fortschritt in Südwestafrika

Windhut, 13. April. Eine am 23. März hier veranstaltete Landeskonferenz sämtlicher Parteien Südwestafrikas hatte einstimmig anerkannt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Notlage nur durch engste Zusammenarbeit aller Bewohner des Landes erzielt werden und daß eine solche Zusammenarbeit, besonders mit der starken deutschen Minderheit, nur durch die Erfüllung ihrer seit langem erstrebten Wünsche erreicht werden könne. Die Landeskonferenz beschloß, durch eine gemeinsame Abordnung die Erfüllung dieser Wünsche bei der Unionsregierung zu beantragen. Die Verhandlungen waren vom 5. bis 8. April in Kapstadt und führten zu der Zusage an die Abordnung, durch Parlamentsakt die Anerkennung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache in Südwestafrika, die automatische Einbürgerung der bis Ende 1931 nach Südwestafrika Zugewanderten und die Herabsetzung der Einbürgerungsfrist von zurzeit fünf auf zwei Jahre herbeizuführen. Das erfreuliche Ergebnis der Kapstadter Verhandlungen ist besonders auch der verständnisvollen Haltung der südafrikanischen Regierung, vor allem ihres Ersten Ministers Herzog, zu danken.

Japanischer Militärzug entgleist — 11 Tote, 19 Schwerverletzte

Tokio, 13. April. (Reuter.) Ein Eisenbahnzug, der eine japanische Truppenabteilung beförderte, wurde 17 Kilometer östlich von Chabria durch eine Explosion zum Entgleisen gebracht und stürzte in eine Schlucht. 11 Offiziere und Mannschaften wurden getötet, 19 schwer und 74 leicht verletzt.

Der Preußenwahlaufschub Hugenberg

Berlin, 13. April. Der Parteiführer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, erklärt zur Preußenwahl einen Aufschub, in dem er die Reichspräsidentenwahl als ein verweigertes Manöver der schwarz-roten Koalition bezeichnet, die geplatzt habe, ihrem Parteiprogramm durch eine Persönlichkeitswahl eine Stütze schaffen zu können. Die enttäuschte Antwort des Volks auf die unerhörte Schiebung mit der Geschäftsordnung des Landtags müsse und werde sein, daß das Volk eine glatte Mehrheit der Deutschnationalen und Nationalsozialisten wähle. Dann beginne Säuberung und Wiederaufbau. Jede Stimmabgabe für die kleinen Splitter- und Mispelparteien gefährde die Erreichung des großen Ziels und schaffe Unklarheit und Entschlußlosigkeit.

Krisenkongreß der Gewerkschaften

Berlin, 13. April. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete am Mittwoch im Reichstag einen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zur Behandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage.

Der Bundesvorsitzende Leipart führte aus, daß die

Deffentlichkeit allmählich gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache eines Arbeitslosenheers von 6 Millionen abgestumpft sei. Auch die verantwortlichen Stellen verhielten sich allzu passiv. Die Gewerkschaften haben die rückwärtslose Deflationspolitik der Regierung entschieden bekämpft. Der Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne müssen zu einer Verelendung der breiten Volksmassen führen. Nichts sei geschehen, um durch planmäßige gezielte Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Der Ruf nach Kostensenkung habe dafür um so mehr Gehör gefunden. Obwohl die zwangsweise Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt gehalten habe, hätten die Arbeitgeber zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Der Kongreß erhebe entschiedenen Protest gegen diese widerwärtige Politik. Man habe gefordert, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen und namentlich auf Frankreich unmöglich. Die Gewerkschaften stellen daher die Frage, ob es der Sicherheit Frankreichs und der Befriedung Europas und der Welt diene, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung dem politischen Radikalismus verfallen. Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Tributansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet?

Der stellvertretende Vorsitzende, Eggert, begründete das vom Bundesauschuß vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm. Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise sei die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Welthandels beherrschen, um ein volles Drittel gesunken. Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre. Die öffentlichen Haushalte, Steuermittel, Ersparnisse der Reichsanstalt und endlich eine Arbeitsbeschaffungsanleihe müßten hierzu herangezogen werden. Die Regierung habe für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Jetzt habe auch die Arbeiterschaft das Recht, Forderungen zu stellen.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

Für die Reichsregierung nahm hierauf Reichsarbeitsminister Stegerwald das Wort an Stelle des Reichskanzlers, der in letzter Stunde abgefragt hatte. Der Minister führte aus:

Die Deutschlands Gesamtlage sich im Jahr 1932 entwickelt wird, ist im Augenblick noch schwerer übersehbar als in den beiden vorangegangenen Jahren.

Ueber die Ursachen der Wirtschaftsschrumpfung im Innern besteht zwischen dem Kongreß und mir keine volle Meinungsübereinstimmung. Sie sehen vielfach als Hauptursache der Schrumpfung die Lohnkürzung an. Diese Annahme ist nur zu einem Teil richtig; woraus wäre sonst die Wirtschaftsschrumpfung in Amerika, in England und in anderen Ländern zu erklären, in denen man eine andere Lohnpolitik getrieben hat?

Bei uns bestehen etwa 85 v. H. der öffentlichen Ausgaben aus Personalausgaben und aus Tilgung und Verzinsung der Schulden der öffentlichen Hand. Ich glaube nicht, daß ohne Gehaltskürzungen die öffentlichen Haushalte hätten in Ordnung gehalten werden können. An Gehältern, Pensionen und Arbeiterlöhnen sind in den letzten zwei Jahren bei der öffentlichen Hand etwa 2,5 Milliarden Mark Kürzungen erfolgt. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen aber ausgeglichen sein, weil sonst die Währung nicht zu halten ist. Es gibt in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten. Die Streitfrage ist lediglich, wie die

Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschafft werden können. Mit dem Preis der Inflation darf die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkauf werden. Wenn der Schrumpfungszug der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit wenigstens zum Stillstand gebracht werden soll, dann muß zusätzliche Arbeit geschaffen werden. Zusätzliche Arbeit mit normalen Löhnen kostet naturgemäß viel Geld. Man wird auch den freiwilligen Arbeitsdienst erweitern müssen.

Ich vermag nicht daran zu glauben, daß die industrielle Befriedung Deutschlands sich in ähnlichem Tempo vollziehen wird, wie von der Jahrhundertwende bis an das Ende der Scheinblüte von 1929. Sowohl die wirtschaftliche Konzentration wie die Zusammenballung der Bevölkerung an wenigen Plätzen dürften ihren Höhepunkt erreicht haben. Dann werden wir aber wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volks kommen müssen. Zudem stehen wir vor einem total veränderten Bevölkerungsaufbau. Unsere Bevölkerungspyramide zeigt heute das umgekehrte Bild der Vorkriegszeit. Wir werden ein alterndes Volk. Wir haben heute schon über 3 Millionen Invalidentrentner, viele Hunderttausende andere Sozial- und Kleinrentner, Kleinpensionäre usw. Der Kreis, der bei einem alternden Volk ständig wächst, muß verläßt auf dem Land oder in dem Vorraum der Städte angesiedelt werden. An dritter Stelle stehen die Reparaturen für Altmwohnungen. Will man die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinsfuß versorgt werden.
2. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das
3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung.
4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen.

Die bisherige abwartende Haltung der Regierung in der Frage der Arbeitsfreudung wird im Lauf des Jahres 1932 allerdings nicht beibehalten werden können. Diese Frage wird schon in nächster Zeit mit den verschiedenen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen läßt, so wird nichts anderes übrig bleiben als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Weg der Notverordnung. Eine allgemeine Senkung der Löhne komme wohl nicht in Frage. Allerdings seien in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen notwendig (Hört, hört und große Unruhe).

Die Kirche für Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes

ep. Zur Frage der Abänderung der Verordnung über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ vom Juli v. J. hat der Kirchenrat der Ev. Kirche der altpreußischen Union beschlußmäßig Stellung genommen. Er erkennt grundsätzlich den Wert des freiwilligen Arbeitsdienstes besonders im Interesse der Jugend an, hält aber eine Erweiterung der genannten Verordnung für notwendig. Insbesondere werden die folgenden Änderungen als erwünscht bezeichnet: Erweiterung des Personenkreises, der im Freiwilligen Arbeitsdienst durch Reichsmittel unterstützt wird; wesentliche Erhöhung der auf Siedlungskonto gutzuschreibenden Beträge, um der Jugend einen wirklichen Anreiz zu bieten, sich eine eigene Zukunft zu schaffen; Erweiterung der Verwendungsmöglichkeit der Beträge, die bisher nur auf Siedlungskonto gutgeschrieben werden konnten, zur Begründung jedes dem Jugendlichen entsprechenden Berufs. Der Präsident des Deutschen Ev. Kirchenausschusses hat sich in einer Eingabe an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung diesen Forderungen namens der im Kirchenbund zusammengeschlossenen deutschen Landeskirchen angeschlossen.

Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Bereins in Leipzig

ep. Die diesjährige 77. Hauptversammlung des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung wird mit dem Gedanken an den Tod und Sieg Gustav Adolfs in der Schlacht bei Lützen vor 300 Jahren und mit der Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte Gründung des Gustav-Adolf-Bereins verbunden sein. Die Tagung wird mit der ersten Würde begangen werden, die der Schwere der Zeit und der Bedeutung der Sache entspricht. Sie soll in Leipzig

Leonore kommt nach Weimar

Ein Goethe-Roman von R. Heller
bearbeitet von Th. Scheffer

Copyright 1930 by Romandienst „Digo“ Berlin W 30.
12. Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Ich habe mein Bier vor dir gelüftet. Du kannst mir nicht vorwerfen, daß ich dir hinterücks aus dem Stegreif ins Behege gefallen sei, wenn ich den Handschuh der Dame aufnehme, den du verschmähst.“

„Der Aufenthalt bei dir hat einen frischen Sinn in mir geweckt“, sprach Karl August vergnügt und wendete sich zum Abschied. „Dank dafür, Wolfgang, dein Geist trank Gesundheit aus deinem und neue Lust in Dasein.“ Goethe geleitete den Herzog aus dem Hause und aus dem Garten.

Monsieur Groschels Haus war dem Herzog nicht fremd. Er hatte es als Knabe mit der Mutter oft besucht, wenn diese der kranken Bertha in Person Trost zusprach. Daß Groschel aber selbst wieder von der Fußgicht an das Bett gefesselt werde, hatte der Herzog bei der Tafel von der Dienerschaft erfragt. Denn wenn er in der Dämmerung unerkannt an das Erfurter Tor und ins Haus Groschels zu dringen gedachte, so beruhigte es ihn doch wesentlich, daß er in dem letzteren vor einer Begegnung mit dem Lafai gesichert war.

In einem bürgerlichen Anzug, nach dem Muster der Tracht des jungen Bertha, dazu die Rebellkappe, einen leichten Mantel damaliger Zeit, über dem Arme, verließ Karl August gegen Abend das Fürstenthaus. Anfänglich schlug er den Weg ein als wollte er nach der Einsiedelei hinaus, dem kleinen Borkenhäuschen an der Im, wo er

hin und wieder zu übernachten pflegte. Aber anstatt in der Tat ins Freie zu schreiten, dückte er sich, zwischen den Gärten und Scheunen, rechts zur Stadtmauer und weiter auf die Esplanade hin Die Rebellkappe hatte er inzwischen um seine Schultern geschlungen.

In ihrer Kapuze konnte er den unteren Teil seines Gesichtes verbergen, wenn er einem der seltenen Wanderer auf dem schlechten Pflaster auszuweichen hatte. Für das artige Vorhaben des Herzogs war der Mangel an Straßenbeleuchtung und selbst an Verkehr auf den Straßen ein günstiger Umstand.

Jetzt war das Haus Groschels erreicht, wohin der L. v. H. unterzeichnete Brief Goethe zu dieser Stunde rief, in welcher der Vater beim Zerbster Bier in der Schützenstraße saß. In der geduckten Haltung eines Jägers, der ein Wild beschleicht, huschte der Herzog an die eingestülpte Tür hinüber und ins Haus.

Die Dame, die ihn oben empfing, deutete nur höflich nach der halb geöffneten Tür.

„Guten Abend, gnädiges Fräulein“, sagte er mit halber von dem Reiz des Abenteuers bekommener Stimme. Die arme Leonore konnte auch nicht den geringsten Laut zur Antwort hervorbringen. Karl August hielt sich dafür an die weiße, weiche Hand, deren Grübchen den Kuß der Ehrerbietung vollkommen verdienten, den der Herzog noch öfters wiederholt hätte, wäre Leonore nicht beeifert gewesen, ihren Besuch ins Zimmer zu nötigen. „Eine Schönheit“, sagte sich Karl August dort mit lächelndem Behagen. „Reiches Haar, elastischer Schwung des Gliederbaues, dazu der Zauber eines Auges, in das man sich für immer versenken möchte. So etwas konnte in meinen Staaten zur Blüte gedeihen, ohne daß ich davon erfährt.“

Leonore hatte endlich so viel Fassung gewonnen, daß sie dem Herrn in der „Berthamontierung“ danken und ihm einen Sessel anbieten konnte. Nein, den Dichter hatte sie sich vor allem reifer, höher und breiter von Gestalt und nicht so hellblond wie der Better Ludwig vorgestellt. Aber auch in dieser jüngeren und lichterem Ausgabe, war es doch immer ein schöner Dichter und ein Mann, dem ein Weib gern Vertrauen schenkt.

„Herr Doktor — Herr Geheimrat“, stammelte Leonore, aber ihre Rede ward doch von Silbe zu Silbe bestimmter, „ich bin ein Mädchen vom Lande, seit Jahren ohne Mutter, wenig an Umgang mit Personen von Stande gewohnt. Daher mein linksches Wesen, einem Herrn Goethe gegenüber. Meine Hoffnung ist aber, daß Ihnen alle Welt linksch erscheinen müßte — von Ihrem Standpunkte aus —, wenn Sie nicht Rücksicht übten. Um die doppelte Rücksicht aber bitte ich für mich und für mein Anliegen.“

Der Herzog versicherte, wie sehr er ihren Geist bewundere. Aber Leonore erwiderte: „Ach nein — ich muß es doch selbst am meisten fühlen, wo es mir und was mir fehlt. So zum Beispiel gleich das Nächste: die Form der Anrede. Für die Hofsprache habe ich mich ziemlich sauber eingeübt. Aber bei einem Herrn Ihrer Art weiß ich nicht wo ein und wo aus mit Würden und Titeln.“

„Titel! mein Fräulein. Für das Genie sind keine Titel erfunden. Nennen Sie mich bei dem Namen, bei welchem mich meine beste Mutter ruft, den mir mein liebster Freund, der Herzog, gönnt, nennen Sie mich — Wolf.“

„Ein kurioser Name, Wolf — so kurzweg Wolf. Aber wahrlich der Blick eben, womit Sie mich ansehen, hatte fast etwas von einem grimmigen Wolf. Ich sollte erschrecken.“ (Fortsetzung folgt.)

sig vom 18. bis 20. September stattfinden und von einer Freizeit für Diasporapfarrer am 15. und 16. September (Vorträge und Erörterungen aus den Gebieten der wissenschaftlichen Theologie und Diasporakunde) eingeleitet werden. Das Programm enthält u. a. einen Empfang im Rathaus am Samstagabend und eine große Kundgebung am Volkerschlachdenkmal am Sonntag nachmittag. Die Hauptversammlungen finden in den Sälen des Zoologischen Gartens statt, die Gabelüberreichung in der Nikolaikirche. Die Tagesordnung am Dienstag enthält u. a. eine Gedächtnisfeier in Lützen. Am Mittwoch soll noch Gelegenheit zum Besuch von Lutherstätten in Wittenberg gegeben sein.

Wahlvorschläge zur württ. Landtagswahl

Stuttgart, 13. April. Der Landeswahlausschuß hat in seiner Sitzung vom 13. April 1932 folgende Landeswahlvorschlagsliste in der nachstehenden Fassung und Reihenfolge festgesetzt: 1. Sozialdemokratische Partei Württembergs, 2. Württ. Zentrumspartei, 3. Württ. Bauern- und Weingärtnerbund, 4. Deutsch-Christliche Partei, 5. Kommunistische Partei Deutschlands, 6. Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei), 7. Deutsche Volkspartei und Volkskonferentative Vereinigung, 8. Christlicher Volksdienst für Württemberg, 9. Volkspartei, 10. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), 11. Freie parteilose Wählervereinigung. — Ferner hat der Landeswahlausschuß in derselben Sitzung die von den vorstehend genannten Parteien eingereichten Verbindungserklärungen zugelassen. Wesentliche Anstände haben sich hierbei nicht ergeben.

Zur Landtagswahl. Für die württembergische Landtagswahl hat die Deutsche Demokratische Partei die folgenden Bewerber aufgestellt (Landesliste): 1. Dr. Bruckmann, Heilbronn; 2. Johannes Fischer, Stuttgart; 3. Weingang, Oberkochen, Stuttgart; 4. Lucie Krauß, Gewerbeschafflerin, Stuttgart; 5. Metzgermeister Städtle, Stuttgart; 6. Dr. Wolfgang Haubmann, Rechtsanwalt, Stuttgart; 7. Paul Braun, Weingärtner, Heilbronn; 8. Franz Roosmann, Wertmeister, Schramberg; 9. Luise Grimminger, Stadträtin, Schwab. Gmünd; 10. Hausbahn, Buchdruckereibesitzer und Stadtrat, Schorndorf.

Deutschnationale Landtagskandidaten. Die Landeswahlvorschlagsliste der Deutschnationalen Volkspartei führt an vorderster Stelle auf: Dr. Dehlinger, Finanzminister, Hirzel, städt. Rechtsrat, Stuttgart, Dr. Hölscher, Usm, Klog, Frau, Buch, Ing. Bürgers, Usm, usw. Im Wahlverband 1, der die Oberämter Rottweil, Spaichingen, Tuttlingen, Oberndorf, Sulz und Horb umfaßt, steht an erster Stelle Finanzminister Dr. Dehlinger, im Wahlverband 2 mit den Oberämtern Freudenstadt, Nagold, Calw, Böblingen, Neuenbürg, Maulbronn Studienrat Sauter-Stuttgart, im Wahlverband 3 (Balingen, Reutlingen, Urach, Kirchheim, Tübingen, Herrenberg) marschieren an der Spitze Verlagsleiter Rummel-Ebingen und Studienrat Harr-Tübingen; Rottweil bildet einen Einzelbezirk mit Finanzminister Dr. Dehlinger an der Spitze. Für den Wahlverband 4 (Ehlingen, Göppingen, Nürtingen, Schorndorf, Stuttgart-Amt, Waiblingen) ist Rechtsrat Hirzel-Stuttgart vorgesehen. Im Einzelwahlbezirk Stuttgart-Stadt stehen an der Spitze Dr. Wider und Rechtsanwalt Dr. Schott-Stuttgart. Lehterer steht auch an der Spitze im Wahlverband 5 (Ludwigsburg, Leonberg, Badnang, Marbach, Gaildorf, Welzheim), Wahlverband 6 (Balingen-Enz, Besigheim, Bradenheim) nennt nur den Finanzminister Dr. Dehlinger. Im Wahlverband 7 (Heilbronn, Dehringen, Hall, Crailsheim, Gerabronn, Mergentheim) steht an vorderster Stelle Oberförster Dr. Wulz-Schorzberg. In den verbleibenden Oberämtern, die die Wahlverbände 8—12 umfassen, sind Spitzenkandidaten Finanzminister Dr. Dehlinger und Dr. Hölscher.

Vom Tage. In selbstmörderischer Absicht sprang morgens in einem Haus der Böblingerstraße eine 50 J. a. Frau aus einem Fenster des 4. Stockwerks in den Hof. Sie trug innere Verletzungen davon und mußte in das Marienhospital aufgenommen werden.

Württemberg

Stuttgart, 13. April.

Von den Amtspflichten entbunden. Der ordentliche Professor für Wirtschafts- und Staatswissenschaften Dr. von Pistorius an der Technischen Hochschule ist kraft Gesetzes mit Ablauf des Monats März d. J. von den Amtspflichten entbunden.

Todesfall. Oberlehrer a. D. Dr. h. c. Georg Schlenker, der am 22. März seinen 85. Geburtstag feierte, ist gestern gestorben. Der Bertorbene war besonders als Naturforscher bekannt. 1925 ernannte ihn die Technische Hochschule Stuttgart zum Dr.-Ingenieur ehrenhalber. Von 1877 bis zu seiner Pensionierung 1913 war er zuerst an der Elementarschule, dann am Gymnasium tätig. Wissenschaftlich beschäftigte er sich in der Hauptsache mit der Erforschung der Moore.

Die Verlegungskosten der aufgehobenen Finanzämter. Die Abgg. Dr. Hölscher und Dr. Wider (B.P.) haben an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gerichtet: In der Bevölkerung der durch Aufhebung der Finanzämter geschädigten Oberamtsstädte ist die Ansicht verbreitet, daß die Verlegungskosten in Württemberg den dafür vorgesehenen Betrag weit übersteigen. Ist das Staatsministerium bereit, festzustellen und bekanntzugeben, wie hoch diese Verlegungskosten sind und der durch die Verlegung in den betreffenden Städten entstehende Schaden tatsächlich sind?

Die Werkbundausstellung „Wohnbedarf“ findet vom 13. Mai bis Anfang Juli in der Gewerbehalle statt. Bei der Auswahl der gesamten Darbietungen dieser Schau steht obenan der Gesichtspunkt: Nicht besonders modische Formen zur Anschauung zu bringen, sondern schlichtes, zweckvolles Gebrauchsgerät, dessen einwandfreie Formung von aller rasch vergänglichen Mode vollkommen unabhängig ist.

„Haarglanz“ bedeutet Haar-Hygiene.

Wie hält man sein Haar gesund? Durch regelmäßiges Nachspülen mit Schwarzkopf-Haarglanz nach jeder Kopfwäsche! Denn Schwarzkopf-Haarglanz strafft das erweichte Haar wieder — er adstringiert es — und entfernt die alkalischen Rückstände aus dem Haar — er neutralisiert es. Das Haar wird fest und elastisch, es leuchtet in reinem Glanz: Schwarzkopf-Haarglanz ist sein Verjüngungsbad. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Verpackung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.



Zeltungs-Beschlagnahme. Die Nr. 74 der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 13. April ist beschlaggenommen worden.

Cannstatt, 13. April. Todesfall. Im Alter von 68 Jahren ist gestern Musikdirektor a. D. Berthold Stoy, der im Juli 1931 sein 50jähriges Militärdienstjubiläum feiern konnte, gestorben. Stoy war früher Musikmeister im ehemaligen Dragonerregiment König (2. Bürtt.). 1906 verlieh ihm der König Titel und Rang eines Kgl. Musikdirektors. Nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst stellte Stoy seine reichen Erfahrungen dem Südd. Musiker-Verband zur Verfügung.

Stuttgart-Heidelberg, 13. April. Sturz von der Leiter. Am Samstag war der prakt. Arzt Dr. Schmidhäuser mit dem Richter einer Wanduhr im Wartezimmer beschäftigt. Dabei glitt er auf der Bohlenleiter aus, fiel herunter auf den Steinboden und zog sich dadurch eine Schädeldecke-Verletzung mit nachfolgender Gehirnblutung zu.



„Wissen Sie schon das Neueste?“

Meine Greta wird nicht operiert.“
„Aber, wie ist das nur möglich? Ich denke, sie leidet so entsetzlich an Hämorrhoiden?“
„Ja, aber unser Arzt sagt, es sei ihm ein neues Mittel bekanntgeworden, das wolle er doch noch versuchen, um, wenn möglich, dem Mädel die unangenehme und schmerzvolle Operation zu ersparen. Nun gebraucht Greta jeden Morgen und Abend Posterisan, Salbe und Zäpfchen, und glauben Sie mir, es wirkt Wunder. Die Blutungen haben aufgehört, die unerträglichen Schmerzen und der Juckreiz sind geschwunden. Der Arzt sagt, nach einer mehrwöchigen Kur mit Posterisan würde Greta vollständig geheilt werden.“
„So so! — Ist Posterisan teuer?“
„Keine Spur.“
In allen Apotheken: Posterisan-Salbe für RM. 1,50, Posterisan-Zäpfchen für RM. 2,37.

Aus dem Lande

Ehlingen, 13. April. Die Höhere Maschinenbau-Schule wird im Sommerhalbjahr 1932 von 424 Schülern besucht; davon sind 395 Württemberger, 27 sonstige Reichsdeutsche und zwei Ausländer.

Ulm, 13. April. Die rote Fahne auf dem Kirchturm. In der Nacht auf letzten Sonntag brachte es ein waghalsiger Fassadenkletterer fertig, auf dem hiesigen Kirchturm eine rote Fahne aufzuspflanzen. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Ludwigsburg, 13. April. Störung einer Wahlversammlung. Eine von der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Ludwigsburg, am Dienstagabend im Bahnhof veranstaltete Wahlversammlung, in der der frühere Reichskanzler und jetzige Reichstagsabgeordnete Scheidemann sowie der Reichstags- und württembergische Landtagsabgeordnete Keil sprachen, wurde schon von Beginn an von nationalsozialistischer Seite des öfteren gestört. Ein Teil der Demonstranten war durch die Polizei, zum Teil unter Anwendung des Gummihüppels, aus dem Saal entfernt worden, der Rest zog schließlich gleichfalls unter Absingen des Horst-Wessel-Lieds ab. Während die Versammlung ihren Fortgang nahm, entstand vor dem Haus ein Tumult, so daß auch hier die Polizei eingreifen und den Platz säubern mußte. Nach 9 Uhr explodierte neben der Bühne ein Sprengkörper, der den Saal mit dichtem Pulverrauch füllte und eine Panik auslöste. Der Sprengkörper bestand aus einer mit Schwarzpulver und Sand gefüllten Karbidbüchse. Bläulichweiße wurde niemand verletzt.

Heilbronn, 13. April. Tödlicher Autounfall. Dienstag vormittag führte auf der Straße Heilbronn—Flein ein 27 J. a. Kraftwagenführer mit dem Personenkraftwagen einer hiesigen Getreidehandlung eine Probefahrt aus, um die Steuerung nachzuprüfen. Vermutlich infolge Verlassens der Lehrlern kam der Wagen ins Schleudern, prallte mit großer Geschwindigkeit auf einen Baum auf und stürzte den 3½ Meter tiefen Abhang hinunter. Der Kraftwagenführer war sofort tot, der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Gmünd, 13. April. Die Gefahr des ungeschützten Bahnübergangs. Der heute früh gegen 7.30 Uhr von Göppingen kommende Güterzug überfuhr an der Fachschule einen Lastkraftwagen des Joh. Wahl aus Tanau. Die Lokomotive erlitt ein Stücken des Autos, warf es mit voller Gewalt gegen das eiserne Geländer und in den Straßengraben, wo das Auto umstürzte. Die Ladung, in Kisten verpackte leere Limonadenflaschen, flog auf die Straße und wurde größtenteils zu Scherben. Auch das Auto selbst erlitt einige Verbeulungen, wogegen der Lenker und Mitfahrer unverletzt blieben. Der Autoführer behauptet, den dem Bahnübergang mit großer Geschwindigkeit sich nähernden Güterzug zu spät wahrgenommen zu haben. Tatsächlich ist auch der Bahnübergang an der Fachschule deshalb besonders gefährlich, weil die angebauten Häuser das Herannahen des Zugs fast ganz verdecken.

Nagold, 13. April. Kulturarbeiten. Eine hiesige Firma hat zu Pfanzschularbeiten 150 junge Mädchen eingestellt. Auch die Städt. Forstverwaltung stellt eine größere Anzahl Frauen, Mädchen und junge Männer zu Kulturarbeiten im Stadtwald ein.

Ebingen, 13. April. Ueberfall. Am Samstagabend wurde, wie in dem Neuen Altboden berichtet wird, ein junger hiesiger Handwerksmeister auf dem Heimweg von drei Kommunisten überfallen und blutig geschlagen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Es soll sich um einen Racheakt handeln, da man von kommunistischer Seite dem Ueberfallenen eine Anzeige wegen der bei der letzten Reichspräsidentenwahl von Kommunisten ausgeführten Bemerkungen der Brücken, Hauswände, Pfeiler usw. vorwarf. Die Täter konnten der Polizei übergeben werden.

Schwenningen, 13. April. Lebensmüde. Ein fast 70-jähriger verheirateter Mann ist am Sonntag im Reutewald erhängt aufgefunden worden. Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den Unglücklichen zu dieser Tat veranlaßt.

Göppingen, 13. April. Der neue Mineralbrunnen in Betrieb. Die im Herbst vergangenen Jahres südwestlich der Straße nach Holzheim liegende, neu erschlossene Mineralquelle, deren Wasser im Gehalt dem des unweit davon gelegenen Staufbrunnens ähnelt, im Geschmack aber überlegen ist, wurde am Montag der Öffentlichkeit freigegeben.

Junge Göppinger bauen ein Motorboot. Fünf junge Göppinger im Alter von 19 bis 21 Jahren, davon zwei Werkzeugmacher, ein Maschinenflosser und zwei Schreiner, haben sich zusammengesetzt, um ein Motorboot zu bauen. Von einem Fachmann beraten, begannen sie im Oktober v. J. nach selbst ausgearbeiteten Plänen ihr Werk. Es ist gelungen. Ein stabiles Fahrzeug mit acht Meter Länge und zwei Meter Breite, in dem eine mehrköpfige Familie Platz hätte, ist beinahe fertig. Was noch fehlt, ist ein weiterfestes Gehäuse, und das hoffen die jungen Menschen, ebenso wie die Ausstattung des Bootes, in Bälde erschwingen zu können. Die Urbauer wollen im Mai d. J. ihre Fahrt antreten und das Boot in der Donau bei Ulm zu Wasser lassen. Sie haben die Absicht, die Donau hinunter zu fahren in ein Land, wo man sie brauchen kann, wo sie eine Arbeitsmöglichkeit finden.

Bergweiler O. A. Heidenheim, 13. April. Schloßbrand. In der Nacht auf Dienstag ist das hart am Brenzfluß gelegene Schloß Bergweiler vollständig niedergebrannt. Bis der Brand morgens 3 Uhr entdekt wurde, brannte das Schloß, das seit langem unbewohnt ist und seit vielen Jahren von Einwohnern als Fruchtkasten und Heustadel benützt wird, lichterloh. Die Bergweiler und Heidenheimer Feuerwehren waren gegen das riesig um sich greifende Feuer machtlos. Gegen 5 Uhr früh war das Haus ausgebrannt. Der Schaden ist für den Besitzer, Graf Waldeggem und die anderen Betroffenen ziemlich groß. Das Schloß stammte aus dem 16. Jahrhundert. Als Brandursache wird Brandstiftung angenommen.

Sulz, 13. April. Belohnung. Der 13 J. a. Helmut Roth, Sohn des Bildhauers Ferd. Roth hier, hat am 4. Februar 1932 unter eigener Lebensgefahr den 4 J. a. Manfred Griebhaber, der in den Neckar gestürzt ist, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für diese Tat erhielt er vom Bezirkswohlfahrtsamt eine Geldbelohnung.

Steinheim, O. A. Heidenheim, 13. April. Todesfall. Am Dienstag ist Schultheiß a. D. Rudolf Junginger nach schwerem Leiden verschieden. Am 2. Januar d. J. war es ihm noch vergönnt, seinen 70. Geburtstag zu feiern. Aus dem Verwaltungs- und Notariatsfach hervorgegangen, wurde er am 1. Mai 1890 zum Ortsvorsteher der Gesamtgemeinde Steinheim a. A. gewählt, nachdem er hier bereits mehrere Jahre als Ratsschreiber tätig war. Sein Amt versah er bis zum Jahre 1916 mit großer Tüchtigkeit und Pflichttreue.

Pforzheim, 13. April. Aus 7 Meter abgestürzt und nur leicht verletzt. Am Sonntag wollte hier ein 12jähriges Mädchen von einem Treppfenster nach einem etwa 1,50 Meter entfernten anderen Wohnungsfenster springen, um in die verschlossene Wohnung zu gelangen. Hierbei glitt das Mädchen aus und stürzte etwa 7 Meter hoch in den Hof. Das Kind erlitt nur leichte Hautabschürfungen, außerdem eine leichte Gehirnerschütterung.

Lokales.

Wildbad, den 14. April 1932.

Lichtbildervortrag. Am Donnerstag, den 14. April spricht Herr Sekretär Eppler vom Evang. Kriegerdienst in der evang. Stadtkirche in einem Lichtbildervortrag über das Thema „Kriegsnot und Götterleben“. In dieser Lichtbildervortrag werden viele Kriegererinnerungen durch wirklichsgetreue Aufnahmen gewedt und die ganze Tiefe, aber auch die Größe des Kriegererlebnisses veranschaulicht werden. Epplers Leitkraft ist die Schaffung der Kriegerheimat „Kappenhof“ bei Schwend auf dem Welzheimer Wald zu danken, in der Schwerekriegsbeschädigte, die sonst kein Unterkommen haben, Pflege und Heimat finden. Allen, besonders allen Kriegsteilnehmern sei der Besuch des Vortrags dringend empfohlen.

Festtagsrückfahrkarten auch zu Pfingsten — Geltungsdauer vom 11. bis 23. Mai. Die Reichsbahndirektion hat sich entschlossen, auch zu Pfingsten verlängerte Rückfahrkarten mit einem Rabatt von 33½ Prozent zur Verfügung zu stellen. Die Festtagsrückfahrkarten zu Pfingsten gelten in der Zeit vom 11. bis 23. Mai. Die Festtagsrückfahrkarten gelten zur Hinfahrt nur vom 11. Mai bis einschließlich 16. Mai, wobei die Hinfahrt am 16. Mai um 24 Uhr beendet sein muß. Die Rückfahrt kann frühestens am 13. Mai um 12 Uhr angetreten werden und muß spätestens am 23. Mai um 24 Uhr beendet sein. Wie zu Ostern, muß bei Benutzung von F-, FD- und FFD-Zügen der tarifmäßige Zuschlag gezahlt werden. Ueber die Benutzung von nur aus Schlafwagen bestehenden D-Zügen wird in den nächsten Tagen noch eine Entscheidung getroffen, dagegen sind Luxuszüge von der Benutzung ausgeschlossen.

Wieder ist's Frühling! Warme Tage locken hinaus, die Sonne lacht und freut sich vor allem über unsere Hausfrauen, die nun wieder mit rechter Lust an den Frühjahrsputz gehen. Bis vollends Pfingsten ist, muß alles tip top lauber sein, besonders die Böden. Darum: Mit Loba in den Frühling! Nehmt Loba-Beize, das altbewährte wasserichte Farbbohnerwachs, das seit Jahren immer wieder vom Reichverband deutscher Hausfrauen-Bereine unseren Frauen empfohlen wird. Mit Loba-Beize gehts am besten, man braucht so wenig davon, die hält so lange und gibt aus!

*Und wenn wir's nicht...
ist man'ser Boden weil man glaubt
das Boden wasser zu können
Loba-Beize wasser ist aber Perfektion
Zu billig weil es länger hält und
man so wenig damit braucht.*

Uralte Breiterböden werden wieder jung und schön. Oder nimmt Loba-Hartwachs, das ausgezeichnete Bohnerwachs, es ist billig, weil man so wenig davon braucht. Und sollen die Möbel, Türen, Fensterrahmen, Lederfächer auch wieder von neuem glänzen, so nimmt Loba-Möbelpolitur, sie reinigt sauber und poliert blühblank in einem Arbeitsgang. Es ist doch so einfach, eine Wohnung frisch, sauber und freundlich zu erhalten, wenn man immer nur Loba nimmt.

Landung des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 13. April. Der „Graf Zeppelin“ erschien, von seiner zweiten Südamerikafahrt zurückkehrend, um 8.11 Uhr über dem Wertfeldlande und landete um 8.22 Uhr glatt. An Bord befanden sich 11 Fahrgäste. Trotz starker Gegenwinde hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt. Gegen 6 Uhr morgens hatte es in der Gegend von Basel mit heftigem Schneetreiben zu kämpfen, das die Sicht außerordentlich erschwerte.

Neuausgabe des Reichskursbuchs und des Kraftpostkursbuchs. Die 1. Sommerausgabe 1932 des von der Reichspost und Reichsbahn gemeinsam herausgegebenen Reichskursbuchs (Große Ausgabe) und die Sommerausgabe des Kraftpostkursbuchs mit dem am 22. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplänen werden wieder rechtzeitig vor dem Fahrplanwechsel erscheinen. Der Verkaufspreis ist für die Große Ausgabe des Reichskursbuchs auf 6. M., für die Kleine Ausgabe auf 4. M. herabgesetzt. Das Kraftpostkursbuch wird für die Bezieher der Reichskursbücher bei Vorlegung des diesen Büchern beiliegenden Gutscheins zum Vorzugspreis von 50 % abgegeben, für die übrigen Bezieher kostet es 2. M.

Verbilligung der Lebenshaltung durch Einkauf bei Thams & Garfs

Unsere Neu-Eingänge:

Qualitäts-Bismarckheringe	2 Pfd.-Dose nur 65 Pfg.
Nürnberger Bierwurst	Pfd. nur 78 Pfg.
Schweizerkäse, vollfett, saftig	Pfd. nur 98 Pfg.
Tilfiterkäse, ohne Rinde, sehr pikant	Pfd. nur 55 Pfg.
Edamerkäse, erste Markenqualität	Pfd. nur 50 Pfg.
Margarine, stets vollfrisch	Pfd. nur 29 Pfg.
Tafelfett, 100% ig	Pfd. nur 32 Pfg.
Schweinesfett, garantiert rein	Pfd. nur 45 Pfg.
Frische Eier, zum Sieden und Einlegen	10 St. 68 Pfg.
1a. Tafelöl, goldblonde Farbe	ltr. nur 56 Pfg.
Makkaroni	Pfd. nur 35 Pfg.
Gemäsenudeln	Pfd. nur 35 Pfg.
Feinste Süßrahmbutter, täglich frisch, 1/2 Pfd.	70 Pfg.
Tafelreis	Pfd. nur 19 Pfg.
Gelbe gespaltene Erbsen	Pfd. nur 19 Pfg.
Hartweizengrieß	Pfd. nur 27 Pfg.
Zwiebel, reiflos gesunde Ware	Pfd. nur 15 Pfg.
Citronen, goldgelb,	10 Stück nur 35 Pfg.
Bananen	Pfd. nur 32 Pfg.
Orangen, saftig, süß,	3 Pfd. nur 55 Pfg.
Schnittbohnen 1, ohne Fäden, Kilodose	nur 68 Pfg.
Karotten	Kilodose nur 40 Pfg.
Weizenmehl, 1a. Qualität, 5 Pfd.-Beutel	nur 1.13 Mk.
Thaga-Bacpulver	3 Bäckchen nur 20 Pfg.
Thaga-Vanilluzucker,	6 Bäckchen nur 20 Pfg.
Thaga-Bouillonwürfel,	10 St. nur 25 Pfg.

Ganz besonders empfehlen wir unsere **Thaga-Röstkaffees und Tees** deren Qualität und Preiswürdigkeit unerreicht ist! Ein einziger Versuch führt zum Dauerverbrauch!

Thams & Garfs

Wilhelmstraße 36 Telefon 383
Waren werden frei Haus geliefert!
Bei Abnahme größerer Mengen Sonderrabatt!

Die Grund-, Gebäude-, Gebäude-entfaltung- und Gewerbesteuer für Monat April 1932

sowie die rückständigen Steuern und Brandschadenumlage 1932 werden am

Freitag den 15. April 1932
vormittags 10 bis 12 und nachm. 2 bis 6 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses entgegengenommen.

Wildbad den 13. April 1932. Stadtkasse.

Gewerbeschule.

Der Unterricht im Schuljahr 1932/33 beginnt am Montag, den 18. April 1932 nachmittags 4 Uhr.

Schulzeiten: Neueintretende Schüler: Montag 4-6, Dienstag 4-7, Freitag 4-6.

Seith. Kl. I, jetzt Kl. II: Montag 4-7, Dienstag 4-7, Freitag 4-6.

Seith. Kl. II, jetzt Kl. III: Montag 4-7, (Zeichnen) Dienstag 4-6, Freitag 4-6.

Verpflichtet zum Schulbesuch sind sämtliche in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben der Stadt Wildbad beschäftigte Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Jahre. Probezeit entbindet nicht von der Schulpflicht.

Lehrstellenlose schulentlassene Knaben sollten in ihrem eigenen Interesse ebenfalls zur Schule kommen.

Der Schulvorstand: Walz.

Junges, fettes Mastkuhfleisch

Pfd. 45 Pfg.

bei Hermann Schmid.

Noch neue, versenkbare

Nähmaschine

(Phönix) zum Preis von 180 Mk. zu verkaufen. Wo? sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

W.V.W.

Morgen Freitag nachmittag 4 Uhr Zusammenkunft Waldhotel Rieginger.

Pfannkuch's wohlfeile Tage

Von heute bis Samstag bei Einkauf von 2.50 außer Zucker und Eier

2 Doppelt. Kernseife umsonst!

Leber- und Blutpreßjack 50 Pfd.

Bierwurst 80 Pfd.

Saitenwürstch. 25 egrtragroße Paar

Rauchfleisch ohne Knoch. Pfd. 88

Speckgeräuch. 55 Pfd.

Frankfurter Würstchen 50 5 Paar

Limburger 36 Pfd.

Edamer 54 Pfd.

Schweizerkäse 1.- vollfettig Pfd.

Delfardinen 19 Dose

Frische Tafelbutter 72 1/2 Pfd.

Auf alle Waren ausgenommen Zucker und Eier 5% Rabatt in Marken

Pfannkuch

Sie werfen Ihr Geld in den Kehrriechteimer

wenn Sie Ihre leeren Bodenwachsboxen wegwerfen. Warum lassen Sie dieselben nicht nachfüllen? Denn für 8.80 erhalten Sie die 1/2 Dose mit dem besten Hart-Glanz-Bodenwachs und für 0.60 mit dem einfachen Bodenwachs, in weiß und gelb, gefüllt. **Sparen Sie Ihr Geld** und machen Sie einen Versuch mit dem offenen Bodenwachs der

Eberhard-Drogerie

Das Haus für Boden- und Möbelpflege. Lassen Sie sich über Parkett-, Linoleum- und Möbelpflege richtig beraten.



Krieger- u. Militärverein Wildbad

Lichtbildervortrag

ist Einladung ergangen. Wir fordern die Kameraden mit Familienangehörigen zur zahlreichen Beteiligung hiermit auf.

Beginn 8 Uhr

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Partei Bez. Neuenbürg

Am Sonntag, den 17. April, nachmittags 1/3 Uhr, sprechen in einer

öffentlichen Wählerversammlung

in der Turnhalle in Wildbad, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Neuenbürg:

Stadtpfarrer Dr. Schenkel, Zuffenhausen (bei Kriegsausbruch Vikar in Wildbad)

und Reichstagsabgeordneter **D. Schumacher, Stuttgart** über

Die Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

Zu dieser Versammlung laden wir die Wählerinnen und Wähler von Wildbad freundlich ein.

Der Bezirksauschuß.

KAUFHAUS SCHOCKEN

Damen-Hüte

1 jugendliche Kappe, Borden mit Rand-schleife	2.85
2 Strohkappe, Hand-erbeit, seitlich mit Blüten-teil	2.85
3 Aufschlaghut, Florinagelicht, flatte Form	3.85
4 Damenhut, große Kopfweiten, aparte Form	3.85
5 jugendlich, flatte Form, lebhalte Farben	4.85
6 Frauenhut, solide Form, dunkle Farben	4.85
7 Damenhut, Bolero-form mit Blüten am Kopf	5.85
8 Hut, Mollé-gelblich mit Strohp-applikation	6.85

Arbeiter! Erwerbslose! Mittelständler und Beamte! Heraus zur öffentlichen Wahlkundgebung!

Am Sonntag, den 17. April abends 8 Uhr spricht in der städt. Turn- und Festhalle unser Genosse

Landtagsabgeordneter. Karl Schneck

Unser Kampf gegen Hunger, Lohnraub und Faschismus geht weiter, darum erscheint Alle!

Freie Aussprache! Eintritt frei! Freie Aussprache!

Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Wildbad Kampfbund gegen den Faschismus, Ortsgruppe Wildbad

Arbeiter-Sport-Verein Wildbad.

Am Freitag den 15 April abends 8 Uhr, findet eine Monatsversammlung

im Vereinszimmer der Turnhalle statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreiche Beteiligung der aktiven und passiven Mitglieder

Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.

Freitag den 15. April 1932, nachm. 3 Uhr, kommen hier öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

- 1 Rolladenschrank
- 1 Schreibmaschine
- 1 Kasten
- 1 Backofen
- 1 Spiegelschrank
- 1 Waschkommode
- 1 Nachttischle
- 1 Küchenbüfett und
- 1 Tisch.

Zusammenkunft a. Pfandlokal Gerichtsvollzieher Lauber.

Abgenutzte Blocker

werden neu in Stand gesetzt durch

Robert Treiber

Brinac Freitag früh von 8 bis 10 Uhr im Gasthaus zur „Sonne“ in Wildbad einen großen Transport

Milch- und Läufer Schweine

zum Verkauf.

Wilhelm Banner Böblingen, Telefon 318.

